

Großbaustelle am Rande des Krieges

Drei Tage haben sich die Innenminister auf Bund-Länder-Ebene Anfang Juni beraten.

Pandemie, Hochwasserkatastrophe und Ukraine-Krieg boten sicherlich genügend

Gesprächsstoff hinsichtlich eines verbesserten Krisenmanagements.



Im Vorfeld der Innenministerkonferenz wurde mit Blick auf die Lage in der Ukraine auch die Reaktivierung ausgemusterter Schutzbauten in Deutschland diskutiert.

Am ehemaligen Regierungsbunker im Ahrtal sind die Baumaschinen vorgerollt und errichten eine Containersiedlung. Entstehen soll ein Kindergarten- und Grundschulprovisorium.

Ein Notprogramm für 0,3 Prozent der Bevölkerung, das weder zeitnah noch kostenneutral umzusetzen ist. Auch weiche Lösungen wurden angedacht, so die Nutzung von Kellern, Tiefgaragen, U-Bahnhöfen oder Stollen – wenn es sie denn vor Ort gibt.

Mit Ende der Tagung ist davon nicht mehr die Rede. Stattdessen sollen „alle Aufgaben der Zivilen Verteidigung vor dem Hintergrund der neuen Sicherheitslage neu bewertet und die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden“, erklärt Konferenzteilnehmer Boris Pistorius wenig konkret. Niedersachsens Innenminister warnt mit Blick auf den „Schutz vor chemischen, biologischen, radiologischen oder nuklearen Gefahren: Wir sollten nicht den Fehler machen, in Panik zu verfallen.“

100 Tage nach Kriegsausbruch und ohne Krisenprogramm für den Fall einer Ausweitung der Kampfhandlung Richtung Westen lässt sich diese Empfehlung übersetzen: Das ist nicht unser Krieg. Ein Angriff auf Deutschland gelte als „sehr unwahrscheinlich“. Präventivmaßnahmen werden ersetzt durch strategische Überlegungen, Empfehlungen und Beobachtungen. Dazu passt auch die Beschlussfassung für den Aufbau eines „Gemeinsamen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz“ durch Bund und Länder. Auch das braucht Zeit und Geld, kann entsprechend auf aktuelle Krisenentwicklungen gar nicht reagieren. An der Seite des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe soll also eine weitere Behörde entstehen.

In den Bevölkerungsschutz, so schlagen es die Innenminister der Länder vor, soll der Bund in den kommenden zehn Jahren 10 Mrd. Euro investieren. Auch erste konkrete Maßnahmen könnten damit bezahlt

werden, so der „koordinierte Einsatz von Warnmitteln wie Sirenen, Radiodurchsagen bis hin zu Apps“, so Pistorius. Nach Abwahl militärischer Konflikte aus dem bundesdeutschen Krisenkatalog 2007 hat man mit den jüngsten Erfahrungen des Ukraine-Krieges dieses Szenario wieder in das Bewertungssystem eines sogenannten „360°-Lagebilds“ aufgenommen.

Was fehlt, ist ein Plan für den Fall des Alarms. Denn zu Schutzräumen oder Evakuierungsmaßnahmen aus gefährdeten Gebieten hört man nichts aus der Innenministerkonferenz. Möglicherweise äußert man sich aber auch einfach nicht dazu, um niemanden zu beunruhigen. Oder alles ist geheim.

Zum Gesamtbild einer „Großbaustelle Zivilschutz“ passen die seit Wochen laufenden Arbeiten vor den Haupteingängen zum ehemaligen Regierungsbunker im Ahrtal. Hier entsteht ein Kindergarten- und Grundschulprovisorium der beim Hochwasser 2021 in Dernau zerstörten Originale. Beide Einrichtungen werden nun als Ersatz dort gebaut, wo einst der Hotspot bundesdeutscher Krisenbearbeitung zuhause war.

Das steht sinnbildhaft für eine neue Zeit. Währenddessen erklärt der Bund auch: einen neuen Regierungsbunker gibt es nicht. Und er ist auch nicht geplant – jedenfalls aktuell nicht.

(3. Juni 2022)